

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/129

Bonn, den 25. Juni 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Langfristige Planung</u> Nach dem Europa-Besuch des US-Aussenministers	75
1a	<u>Europa ...</u> Gemeinsames Wollen	15
2 - 3	<u>Die goldene Brücke</u> Muss das Grundgesetz geändert werden? Bewältigung der Vergangenheit in der Justiz Von Karl Wittrock, MdB	67
4	<u>Chruschtschows grosser Irrtum</u> Die Mauer und die Folgen	45
5 - 6	<u>De Gaulle und die Kommunisten</u> Sowjetische Spekulationen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	84

* * *
* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Langfristige Planung

Nach dem Europa-Besuch des US-Aussenministers

sp - Das Ergebnis der Besuche des amerikanischen Aussenministers in Paris, Berlin, Bonn, Rom und London wird in der westlichen Welt positiv beurteilt. Obwohl jedermann weiss, dass Dean Rusk mindestens in Paris nicht die gewünschte Zustimmung des französischen Staatspräsidenten zu den grossen Linien der amerikanischen Verteidigungs- und Europapolitik erreichen konnte, bleibt doch im französisch-amerikanischen Verhältnis eine durchaus herzliche Grundstimmung, die bessere Resultate für die Zukunft erhoffen lässt. Es ist klar, dass sich die Regierung der USA wegen der Eigenwilligkeit des französischen Staatspräsidenten de Gaulle - besonders in den Fragen der Atombewaffnung - nicht in eine noch tiefergehende Meinungsverschiedenheit hineinmanövrieren lässt. Ebenso klar ist aber auch, dass man in den USA offenbar nicht gewillt ist, das eigene Konzept stören zu lassen. Man hat sich in Paris mit Versicherungen der gegenseitigen Hochachtung getrennt und wird weiter versuchen, die beiderseitigen Interessen aufeinander abzustimmen. Das ist zwar nicht viel, bei der bekannten Eigenwilligkeit de Gaulles jedoch immerhin schon etwas.

In B o n n scheint es dem US-Aussenminister gelungen zu sein, gewisse Vorbehalte Dr. Adenauers gegenüber der amerikanischen Politik abzubauen. Man hat zwar nur wenig Einzelheiten über den Inhalt des 70 Minuten-Gesprächs zwischen Rusk und Adenauer gehört, aber immerhin doch so viel, um annehmen zu können, dass Adenauer zugesagt hat, die vorsichtigen Testversuche zwischen Washington und Moskau nicht durch unüberlegte Erklärungen zu stören. Im übrigen scheint man sich auf Ost-West-Beratungen mit sehr langfristiger Planung eingestellt zu haben, was auch aus verschiedenen Äusserungen von Begleitern des amerikanischen Aussenministers hervorgeht.

Bei den Versuchen der Amerikaner, einer Lösung des Berlin-Problems näherzukommen, indem man mit den Sowjets einen "modus vivendi" aushandelt, soll natürlich im Einvernehmen zwischen Bonn und Washington, nichts geschehen, was die Freiheit Westberlins beeinträchtigen könnte. Unmissverständlich jedoch wurde von Begleitern des amerikanischen Aussenministers zum Ausdruck gebracht, man erwarte von deutscher Seite ein intensiveres und konstruktiveres Eingehen auf Überlegungen, welche die Verhandlungen in Fluss halten können.

Selbstverständlich hat auch der Europa-Komplex bei den Gesprächen in Bonn eine Rolle gespielt. Die Amerikaner befürworten die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG und wollen diesen ihnen notwendig erscheinenden Schritt zur Festigung der gesamteuropäischen Politik nicht durch Teillösungen gefährdet sehen. Ob es Dean Rusk gelungen ist, Herrn Adenauer zu veranlassen, Vorstellungen von einem Dreier-Europa und ähnlichen Konstruktionen beseite zu schieben, ist noch nicht ganz sicher. Immerhin dürfte zu erwarten sein, dass man in Bonn begriffen hat, wie wenig die letzten Stürfeuer Adenauers der Konsolidierung der westlichen Politik - im Ganzen gesehen - dienlich waren.

Von R o m und L o n d o n konnte der amerikanische Aussenminister ohne Zweifel mit weniger Besorgnis abreisen, als von Paris und Bonn. Aus Rom nahm Dean Rusk die Gewissheit mit, dass die "Öffnung nach links" in der italienischen Innenpolitik die aussenpolitische Konzeption der derzeitigen Regierung nicht verändern werde. Ausserdem konnte sich Dean Rusk von der italienischen Abneigung gegenüber europäischen Konzeptionen überzeugen, die in jüngster Zeit in Bonn und Paris geäussert worden sind.

In London wurde - den bisher vorliegenden Nachrichten zufolge - die durch eine Rede des amerikanischen Verteidigungsministers ausgelöste britisch-amerikanische Mißstimmung überwunden. Gegenüber der Verhandlungstaktik der USA in der Berlin- und Deutschlandfrage scheint es zwischen London und Washington keinerlei Meinungsverschiedenheiten zu geben, und auch die Mitgliedschaft Grossbritanniens in der EWG findet volle Unterstützung in den USA.

Die Bilanz der Gespräche des amerikanischen Aussenministers in den europäischen Hauptstädten darf im Augenblick also wohl wie folgt umrissen werden: Dean Rusk hat überall die grundsätzliche Bereitschaft vorgefunden, das westliche Bündnis zu stärken. In Detailfragen mag es noch Meinungsverschiedenheiten geben, aber diese sind auf der Grundlage des bestehenden Freundschaftsverhältnisses durchaus überwindbar. Noch vorhandene Unklarheiten ergeben sich aus unterschiedlicher Beurteilungen der Situation jedes der einzelnen Länder, die Dean Rusk besucht hat. Einig ist man sich in dem Willen zur gemeinsamen Verteidigungsbereitschaft, aber auch in dem Bestreben, es nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Osten kommen zu lassen. Diese Übereinstimmung erfordert eine langfristige Planung des Verhaltens der gesamten westlichen Allianz und das ständige Aufeinander-Eingehen der einzelnen Verbündeten untereinander. Gewiss ist das schwieriger als die von Diktaturstaaten angewandte Methode bei der Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption. Wenn aber das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist, erweist sich - auf die Dauer gesehen - die Methode der Demokratien doch überlegen.

+ + +

Europa ...

Gemeinsames Wollen

sp - Die politisch tragenden Kräfte der in der EWG zusammengeschlossenen Staaten sind sich darüber einig, dass der begonnene Weg der europäischen Integration kraftvoll fortgesetzt werden muss. In diesem Sinne werden führende politische Persönlichkeiten in mehreren Hauptstädten Europas am Dienstag der Öffentlichkeit ihre Auffassungen unterbreiten. Äusserungen und Gedankenkonstruktionen, die als "Übergangslösungen" in jüngster Zeit den Integrationsprozess Europas hemmten, sollen dadurch überwunden werden. Es soll deutlich gemacht werden, dass Europa nicht aus Achsen, Dreiecken oder der Überbewertung bürokratischer Institutionen besteht, sondern aus den europäischen Völkern, deren gemeinsame Kultur das wichtigste Element einer gesamteuropäischen Politik ist. Diese Initiative erweist sich als notwendig, da gerade im Augenblick die Gefahr besteht, dass das Bild von einem geeinten und tatsächlich integrierten Europa durch spektakuläre Beschlüsse einzelner Europa-Partner verwischt wird.

+ + +

Muss das Grundgesetz geändert werden?

Von Karl Wittrock, MdB

Am 1. Juli 1962 tritt das vom Bundestag am 14. Juni 1961 beschlossene Richtergesetz in Kraft. Sein entscheidender Kern ist die gerichtliche Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit. Dies allein rechtfertigte die von dem Abgeordneten Dr. A r n d t in der Plenarsitzung vom 14. Juni 1961 begründete Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Das Richtergesetz soll ein Schritt nach vorn in der Entwicklung der personalen Gerichtsverfassung sein. Insoweit beginnt mit seinem Inkrafttreten ein neuer Abschnitt.

Nicht ohne Grund hat der Gesetzgeber eine Vorschrift des Richtergesetzes bereits zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft gesetzt. Es handelt sich um den § 116. Nach dieser Bestimmung können alle Richter und Staatsanwälte, die während des Krieges in der Strafjustiz tätig waren und somit durch Schuld oder Verstrickung an Unrechtsurteilen mitgewirkt haben, bis zum 30. Juni 1962 die Versetzung in den Ruhestand beantragen. Bis zu diesem Tage, also noch v o r dem Beginn einer neuen Phase in der Entwicklung unseres Richterrechtes, soll auf diese Weise den hier in Betracht kommenden Richtern und Staatsanwälten durch einfaches Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, auf eigenen Antrag aus dem Dienst am Recht auszuscheiden.

- * Es ist der Wille des Gesetzgebers, dass n a c h dem
- * 30. Juni 1962 niemand in die Lage kommt, vor einem Rich-
- * ter oder Staatsanwalt stehen zu müssen, der an unverant-
- * wortlichen Todesurteilen mitgewirkt hat und so, sei es
- * schuldhaft, sei es durch Verstrickung, das Vertrauen des
- * Rechtsuchenden in den demokratischen Rechtsstaat gefähr-
- * det.

Der Wille des Gesetzgebers kann nur verwirklicht werden, wenn die in Betracht kommenden Richter oder Staatsanwälte die bis zum 30. Juni 1962 gegebene Möglichkeit des Antrags auf Versetzung in den Ruhestand wahrnehmen. Noch ist nicht bekannt, wie gross die Zahl derer ist, die diesen in einer Entschliessung des Bundestages erläuterten Willen des Gesetzgebers nicht verstanden haben, zumal die Antragsfrist noch nicht abgelaufen ist. Aber es wäre gut, wenn alle, die es angeht, den klaren Willen des Gesetzgebers noch rechtzeitig zur Kenntnis nehmen würden.

- * Es darf nach dem 30. Juni 1962 in der Justiz nicht einen
- * Richter oder Staatsanwalt mehr geben, dessen Name mit den
- * Schreckensurteilen der Jahre des Krieges verknüpft ist.

Der Gesetzgeber hat mit der Regelung des § 116 des Richtergesetzes allen, die es angeht, eine goldene Brücke gebaut. Die oft untrennbare Verschmelzung von Schuld und Verstrickung in den schrecklichen Jahren des Unrechts und der Rechtsverwirrung konnte dies rechtfertigen. Soweit die Betroffenen das **n i c h t** verstehen, wird der Bundestag die in seiner Entschliessung vom 14. Juni 1961 angekündigte grundgesetzliche Entscheidung zu treffen haben, um ein Ausscheiden von Richtern und Staatsanwälten auch gegen deren Willen rechtlich zu ermöglichen, die durch die Mitwirkung an Todesurteilen dem Unrecht dienten.

Die Bundesregierung wird dem Bundestag berichten, wie viele Richter oder Staatsanwälte den Willen des Gesetzgebers nicht verstanden haben.

- * Es ist zu hoffen, dass es keinen einzigen derartigen Fall
- * gibt. Aber **w e n n** diese Erwartung trügt, müssen die
- * angekündigten Konsequenzen gezogen werden.

Dabei kommt es nicht auf die Zahl der Fälle an. Die Zahl der Richter und Staatsanwälte, um die es hier geht, war niemals gross. Der Bundestag hat sich niemals von den übertriebenen Behauptungen einer Zweckpropaganda beeinflussen lassen. Er hat aus eigener Verantwortung bei der Beratung des Richtergesetzes die notwendigen Feststellungen getroffen. Dabei dürfte entscheidend gewesen sein, dass es nicht auf die Zahl ankommt. Wesentlich ist vielmehr, dass in keinem einzigen Gerichtsbezirk ein Richter oder Staatsanwalt wirken darf, der durch früheren Dienst am Unrecht das notwendige Vertrauen in die Organe des Rechtsstaates gefährdet.

Überall in der Bundesrepublik wird "Im Namen des Volkes" geurteilt. Deshalb muss alles getan werden, um zu gewährleisten, dass kein Richter oder Staatsanwalt im Dienst verbleibt, der an unverantwortlichen und unmenschlichen Todesurteilen mitwirkte. Wenn dies nicht auf der durch das Richtergesetz geschaffenen Basis erreicht werden kann, so wird es unvermeidlich sein, durch eine grundgesetzliche Entscheidung einen Abschluss zu bewirken.

+ + +

Chruschtschows grosser Irrtum

ler. - Der sowjetrussische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow und die Ostblockstaaten -einschliesslich des Herrn Gomulka - haben ihre Zustimmung zur Errichtung der Berliner Schandmauer in der Annahme gegeben, damit Ulbricht einen Liebesdienst zu erweisen. Sie wollten das von ihnen aufgepöppelte Ostzonenregime vor weiterem Menschenverlust bewahren. Ein zweiter, nicht minder wichtiger Grund war die Vorstellung, durch die Errichtung der Mauer so etwas wie "stabile Verhältnisse" in Berlin zu schaffen; die totalitäre Welt, verkörpert im Regime Mitteldeutschlands, sollte vor der Ausstrahlungskraft der westlichen Demokratie "geschützt" werden.

Beides erwies sich, gerade aus östlicher Sicht gesehen, als ein tragischer, ja, die Sicherheit und den Frieden der ganzen Welt bedrohender Irrtum. Nirgendwo in der Welt, von Algerien abgesehen, fallen so viele tödliche Schüsse wie an der Mauer und an der Zonengrenze. Die Vopo wählt das Mittel des hinterhältigen Mordes, um verzweifelten Menschen den letzten Fluchtweg zu versperren. Die Mauer in Berlin und der Stacheldraht entlang der Zonengrenze wurden zu verächtlichen Symbolen eines Machtwillens, gegen dessen Wüten sich die Menschen auflehnen; von der von Ulbricht und Chruschtschow erträumten "Stabilisierung" und "Befriedung" kann somit keine Rede sein. Der Mord an der Mauer und an der Zonengrenze gehört jetzt - man verzeihe dieses Wort - zum Alltagsleben unseres gespaltenen Volkes.

Ulbrichts Politik provoziert das Gewissen. Aber abgesehen davon - sie sabotiert auch alle Bemühungen zwischen den Weltmächten, in der Berlin- und Deutschlandfrage zu einem erträglichen Modus vivendi zu gelangen. So lange auf Kinder, Frauen und Männer geschossen wird, Menschen im Stacheldraht veroluten, die Vopo nach SS-Manier Flüchtende als Freiwillig ansieht und danach behandelt, kann es eine für beide Seiten erträgliche Lösung nicht geben.

Die Schiessereien an der Mauer und an der Zonengrenze müssen aufhören, dem Brudermord muss ein Ende bereitet werden - es scheint, dass dieser Ruf heute mehr Gehör findet. Man spricht von einer Viererkonferenz, die sich ausschliesslich mit diesem grausigen Thema befassen soll, und wenn sie wirklich zustande kommen sollte, wäre es zu begrüssen.

Aber kann nicht noch mehr geschehen, Wirkungsvolleres geschehen, um dem Wüten Ulbrichts Einhalt zu gebieten? Die Zeit ist gekommen, damit auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu befassen. Die Bundesregierung sollte hier noch bestehende Bedenken fallen lassen. Sie sind nicht gerechtfertigt. Sie hat sogar ein gutes Alibi. Die Gerichte der Bundesrepublik bestrafen die Mörder des Dritten Reiches, sollen Mörder des Ulbrichtregimes einen Freibrief erhalten? Viele Freunde des deutschen Volkes bei den Vereinten Nationen würden Verständnis dafür haben, dass wir die Welt auf innerdeutsche Verhältnisse aufmerksam machen, die den Keim des Verderbens für viele bergen. Das Offenlegen dessen, was an der Mauer und an der Zonengrenze geschieht, vor dem Forum der Vereinten Nationen ist unerlässlich. Es wäre auch ein deutscher Beitrag zur Friedenssicherung.

De Gaulle und die Kommunisten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Ein interessanter Streit ist dieser Tage in den Reihen der französischen Kommunisten über die Bedeutung und Rolle General de Gaulles gebrochen. Der Chefredakteur der prokommunistischen Pariser Tageszeitung "Libération" Baron Emanuel d'Astier protestierte in einem persönlich gezeichneten Leitartikel gegen die "systematische" Oppositionen der KP-Führung, die de Gaulles Handlungen von vornherein verurteilt, selbst wenn sie begrüssenswert sind, wie z.B. die Massnahmen gegen die OAS.

"Systematische" oder "Konstruktiv" Opposition?

Besser wäre es, so schreibt der Direktor der "Libération", "die Schwächen des Regimes aufzudecken, die Irrtümer de Gaulles aufzuzeigen und einen aktiven Druck auszuüben, damit die Regierung im Kampf gegen die OAS entschiedener und schneller vorgeht ... aber auch die Schritte anzuerkennen, die getan wurden."

Mit einem Wort, die vielgelesene "progressistische" Zeitung (ihre Auflage ist höher als die des kommunistischen Zentralorgans "Humanité") empfiehlt eine loyale und konstruktive Opposition. D'Astier nennt dafür folgende Gründe:

1. Die "allgemeine Lage Frankreichs" eine Formel, die man sowohl auf die innenpolitische als auch auf die aussenpolitische Situation anwenden kann.
2. "Das Durcheinander in den politischen Parteien" und ihre "Unfähigkeit" zu einer "gemeinsamen, konstruktiven Politik".
3. "Der Kredit, den de Gaulle noch bei einem Grossteil der französischen Bevölkerung besitzt".

Alle diese Argumente sind Pfeile gegen die KP Frankreichs, der indirekt "Durcheinander", "Unfähigkeit" und relative Einflusslosigkeit vorgeworfen werden: "Ich glaube nicht, dass politische Übertreibungen, Zerk und eine simplifizierende und sinnlose Propaganda der beste Weg sind, mit dem persönlichen Regime Schluss zu machen und eine zögernde oder gleichgültige Bevölkerung zu politischer Aktivität und konstruktiver Opposition zu bringen."

Die Antwort der kommunistischen Parteileitung liess nicht lange auf sich warten. Die "Humanité" bezeichnete die Stellungnahme ihres Bruderorgans als "eigenartiges Unternehmen" und "Beschönigung des Gaullismus".

Innenpolitische Wende?

Baron Emanuel d'Astier de la Vigerie, 62 Jahre alt, bekleidet eine hohe Funktion in der prokommunistischen Weltfriedensbewegung. Er war Mitglied des Nationalrates der französischen Widerstandsbewegung und blieb seither der repräsentative Verbindungsmann zwischen dem national gefärbten Flügel der KPF und dem Gaullismus.

Polemiken dieser Art sind in der KP Frankreichs niemals zufällig. Sie erfolgen stets vor innen- und aussenpolitischen Wendungen. Das Ende des nordafrikanischen Krieges und der Sieg der algerischen Unabhängigkeit sind eine solche Wende. Sie wirken sich jetzt bereits im politischen Leben Frankreichs aus.

Die neue Annäherung zwischen einer Fraktion der französischen Linken vollzieht sich auf innen- und aussenpolitischer Ebene. Innenpolitisch ist das gaullistische Regime schon aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen, immer schärfer gegen die rechtsradikale Umsturzgefahr vorzugehen. Die Rechtsbürgerlichen befinden sich in wachsender Opposition. Unvermeidlich verschiebt sich das politische Gleichgewicht nach links, wenn auch die Linksparteien und Gewerkschaften in Opposition bleiben. Nach und nach wird diese Linksoption - gleichfalls aus Selbsterhaltungstrieb im Kampf gegen den Neofaschismus - "konstruktiv", die Rechtsopposition "destruktiv".

Aussenpolitisches Tauziehen

Wichtiger aber ist der aussenpolitische Aspekt. Aus Protest gegen de Gaulles Europapolitik zogen vor kurzem 290 Abgeordnete aus der Nationalversammlung aus, von den Sozialisten und Volksrepublikanern bis zu den Rechtsbürgerlichen. Es ist kein Zufall, dass mit den gaullistischen Abgeordneten fast nur die Kommunisten zurückblieben. Sie weigerten sich, an der pro-europäischen Demonstration der anderen Parteien teilzunehmen.

Moskau verfolgt die französische Entwicklung mit grosser Aufmerksamkeit. Die Geschichte der letzten Jahre zeigt, dass Zeitungen wie "Libération" bestimmte Wünsche der Sowjetdiplomatie besser zum Ausdruck bringen als die offizielle Hierarchie der KPF, die starr an einer bestimmten Linie festhält, solange sie keine neuen "Weisungen" hat.

Der Zwiespalt im französischen Kommunismus bezüglich de Gaulle ist nicht neu. Andererseits bemühte sich der General immer um den "gemässigten" Flügel der KPF und der von ihr gelenkten Gewerkschaft CGT. Schon in den Anfängen der Vierten Republik war de Gaulle von der Mitarbeit seiner kommunistischen Minister und Staatssekretäre weitgehend befriedigt und bedauerte den Bruch, der mit Beginn des "Kalten Krieges" erfolgte.

Es ist kein Zufall, dass de Gaulles Rückkehr zur Macht im Mai 1958 von Moskau und von einem Teil der französischen KP-Führung "toleriert" wurde, mit der Spekulation, dass General werde Frankreichs Aussenpolitik ändern oder zumindest die atlantische Eintracht stören. Ganz unberechtigt waren diese Hoffnungen nicht, aber doch übertrieben. Die sowjetische Aussenpolitik lässt sich jedenfalls auch jetzt noch von solchen Erwägungen leiten.

Mit der Beendigung des Algerienkrieges verschwindet einer der wichtigsten Reibungspunkte zwischen Paris und Moskau. Zugleich erhält de Gaulle erhöhte Eilenbogenfreiheit in seiner Aussenpolitik. Damit wachsen die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten und die niemals begrabene Hoffnungen der Sowjetdiplomatie, auf ein Frankreich, das eigenwillig handelt. Die "persönlichen" Bemerkungen des Chefredakteurs der Pariser "Libération" sind gerade jetzt ein Symptom für sowjetische Hoffnungen und Überlegungen dieser Art.